



SDA-Bulletin

Zürich, 30. September 2019

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrats

Kantonsrat will Gebühr für Spital-Notaufnahme

Die Notaufnahmen in den Spitälern sollen entlastet werden. Der Kantonsrat will deshalb eine Notaufnahme-Gebühr einführen. Müssten Patienten zuerst 50 Franken zahlen, bevor sich jemand um sie kümmert, würde dies den Ansturm auf diese Stationen deutlich verringern. Der Rat überwies mit 99 zu 64 Stimmen eine Motion ([KR-Nr. 192/2017](#)) von GLP, CVP und SVP an den Regierungsrat. Dieser muss nun eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten.

Fonds für ZKB-Staatsgarantie soll wieder aufgehoben werden

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) wird im Notfall nach wie vor durch eine Staatsgarantie gerettet. Dafür steht ein Fonds bereit, in dem mittlerweile über 80 Millionen Franken liegen. Die kantonsrätliche Finanzkommission will diesen Fonds nun abschaffen und mit dem Geld, das die ZKB für die Staatsgarantie zahlt, Schulden des Kantons abbauen ([KR-Nr. 113/2019](#)). Widerstand gab es aus dem Parlament keinen. Somit wird der Regierungsrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten.

Ferner hat der Kantonsrat:

- ein Postulat ([KR-Nr. 65/2019](#)) von GLP, SP und Grünen ohne Diskussion an den Regierungsrat überwiesen. Der Vorstoss verlangt vermehrt Synergien beim Software-Einsatz der kantonalen Verwaltung.
- ein Postulat ([KR-Nr. 90/2019](#)) von CVP, FDP und GLP zur vermehrten Digitalisierung an den Mittel- und Berufsfachschulen ohne Diskussion überwiesen.
- ein Postulat ([KR-Nr. 140/2019](#)) von SVP, FDP und GLP betreffend Humusaufbau zur Speicherung von CO₂ ohne Diskussion überwiesen.
- ein Postulat ([KR-Nr. 153/2019](#)) von Grünen, AL und CVP ohne Diskussion überwiesen. Der Regierungsrat muss nun Auskunft darüber geben, ob er die Geschlechtergleichstellung in der kantonalen Kulturförderung realisiert sieht und wie er diese allenfalls verbessern will.
- ein Postulat ([KR-Nr. 186/2019](#)) von Grünen, GLP und SVP ohne Diskussion überwiesen. Der Regierungsrat muss nun aufzeigen, wie der Kanton Foodwaste verringern will, konkret auch in den eigenen Küchenbetrieben. Diese Forderung basiert auf der Petition «Stopp Foodwaste» des Jugendparlamentes Zürich vom 24. März 2018.
- ein Postulat ([KR-Nr. 194/2019](#)) von SP, GLP und FDP betreffend Umstellung auf Elektromobilität beim kantonalen Fahrzeugpark ohne Diskussion überwiesen.
- ein Postulat ([KR-Nr. 195/2019](#)) von FDP, SVP und SP ohne Diskussion überwiesen. Der Regierungsrat wird damit aufgefordert, einen Bericht zur finanziellen Situation der

Familienhaushalte zu erstellen. Der Bericht soll zeigen, wie sich Prämienverbilligungen, Stipendien, Familienzulagen, Sozialhilfe und Steuerabzüge auswirken.

- den Jahresbericht des Universitätsspitals und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2018 mit einer Gegenstimme genehmigt ([5550](#)).

- den Jahresbericht für das Kantonsspitals Winterthur für das Jahr 2018 ohne Gegenstimme genehmigt ([5551](#)).

- den Jahresbericht der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich und des Berichts über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2018 ohne Gegenstimme genehmigt ([5552](#)).

- die Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2019 – 2025 gewählt ([5527](#)).

- einen Absatz im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz in zweiter Lesung gestrichen ([KR-Nr. 142/2016](#)). Der Entscheid fiel mit 87 zu 72 Stimmen. Somit darf es künftig keine Überkapazitäten bei den Spitalbetten mehr geben.

- ein Postulat ([KR-Nr. 173/2017](#)) von CVP, SP und GLP mit 163 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der Vorstoss bittet den Regierungsrat, in einem Bericht zu erläutern, wie er die Bestrebungen des Bundesrates und des Nationalrates unterstützt, die ambulante sowie stationäre Gesundheitsversorgung ohne Mehrbelastung für die Kantone einheitlich zu finanzieren.

- die Antwort des Regierungsrates zu einer FDP-Interpellation ([KR-Nr. 333/2017](#)) zum Thema Handlungsbedarf betreffend Hepatitis B und C zur Kenntnis genommen.

- ein FDP-Postulat ([KR-Nr. 357/2017](#)) betreffend Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen mit 83 zu 78 Stimmen überwiesen. Der Vorstoss fordert ein neues Vergütungssystem für die Pflege, Betreuung und Unterbringung von betagten, pflegebedürftigen Psychiatriepatienten.

- eine Motion ([KR-Nr. 76/2018](#)) der CVP betreffend Indikationsqualität stationärer Leistungen mit 116 zu 41 Stimmen nicht überwiesen. Der Vorstoss forderte, das Spitalplanungs- und finanzierungsgesetz so zu ändern, dass der Leistungsauftrag für Herzoperationen nur noch an Spitäler erteilt wird, welche die Mindestkriterien allgemein anerkannter Indikationsqualitäten erfüllen.

- ein Postulat ([KR-Nr. 78/2018](#)) der CVP betreffend «Peer Audits» zur Indikationsqualität von Spitalern mit 114 zu 44 Stimmen nicht überwiesen. Der Vorstoss forderte die Qualitätsüberprüfung durch «Peer Audits», also Fachgesellschaften.

(sda)